

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Mo auch 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitschriftenliste

### Das nennt man Aufbau!

Die neueste Denkschrift, die der Reichsverband der Deutschen Industrie im Dezember vom Stapel gelassen hat und die sein selbstames Wirtschaftsprgramm enthält, gibt in einem Punkte sehr zu denken. Im großen und ganzen wiederholt sie ja nur die Behauptungen, die das Unternehmertum seit Jahren in die Öffentlichkeit wirft, und die deshalb nicht richtiger werden, weil man sie immer wieder vorträgt. Aber etwas Neues ist diesmal doch darin.

Man muß sich klar vor Augen halten, daß eine kapitalistische Wirtschaft notwendigerweise den Konsum der breiten Volksmassen stets niedriger halten muß als die Produktion. Denn das ist ja die Quelle, woraus der Profit fließt. Bekämen die Arbeiter in ihrer Gesamtheit einen Lohn, der ausreicht, um sämtliche von ihnen erzeugten Waren zu kaufen und zu verbrauchen, dann bliebe kein Kapitalprofit übrig. Also das ist eine Existenzbedingung des Kapitalismus, daß der Gesamtlohn der Arbeiterklasse stets um irgendeinen Betrag hinter der Produktion zurückbleibt. Dierin liegt der tiefsie Grund, weshalb das Kapital stets zu einer sogenannten „Überproduktion“ gelangt. Es ist keine wirkliche Überproduktion, sondern nur eine sogenannte, weil die Menge der vorhandenen Waren nicht etwa den Bedarf übersteigt — zu allen Zeiten, auch zu Zeiten der wirtschaftlichen Hochblüte, könnten die Volksmassen sehr viel mehr verbrauchen, als sie mit ihrem Einkommen bezahlen können —, sondern sie übersteigt nur die kaufkräftige Nachfrage. Daher die Krisen, die seit 100 Jahren in regelmäßiger Wiederkehr das Wirtschaftsleben aller kapitalistischen Staaten erschüttert haben. Den Ausweg aus ihnen fand das Kapital auf zwei Wegen: der eine hieß Abzug in fernen Ländern, Kolonialpolitik; der andere hieß Einschränkung der Produktion. Der erste Weg führte langsam — es hat rund 50 Jahre gedauert — aber sicher zum Weltreit der Großmächte um den Weltmarkt, zum imperialistischen Wettstreit, zum Weltkrieg. Wohin der andere Weg führt, das können wir jetzt in Deutschland deutlich beobachten. Und das letzte Wirtschaftsprogramm der Industriellen hilft dabei.

Der Weltkrieg hat furchtbare Zerstörungen angerichtet. Er hat die Produktion weit zurückgeworfen. Nur in Amerika ist sie heute größer als 1913, aber sogar die dortige Zunahme reicht nicht aus, um den gewaltigen Rückgang aller anderen Länder auszugleichen. In Europa (also ohne Amerika) wurden 1913 im monatlichen Durchschnitt 46 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert, 1925 nur 41 Millionen Tonnen. Die Rohisenproduktion Europas belief sich 1913 auf 3 Millionen Tonnen monatlich, 1925 nur auf 2 1/2 Millionen Tonnen.

Unbefangene Gemüter möchten nun meinen, wenn die Produktion so stark abgenommen hat, dann könne von „Überproduktion“ keine Rede mehr sein. Dann müßten alle Kräfte in Bewegung gesetzt werden, um die Produktion soviel wie möglich zu vermehren. In der Tat rehet man ja in den sieben seit Kriegsende verfloffenen Jahren unaufhörlich vom wirtschaftlichen Aufbau. Man redet davon; aber was man tut, sieht ganz anders aus.

Das Grundgesetz des Kapitalismus, daß der Verbrauch der Massen unbedingt kleiner sein muß als die Produktion, ist immer noch in Wirksamkeit. Und daraus folgt: wenn die Produktion abnimmt, so muß der Massenverbrauch noch tiefer herabgedrückt werden. Daß das wirklich geschieht, hat jeder deutsche Arbeiter am eigenen Leibe erfahren. Mit blenden Klarheit ist diese marxistische Lehre in den Jahren nach dem Kriege bestätigt worden. Folglich gibt es immer wieder Überproduktion. Das kann gar nicht anders sein, solange kapitalistische Wirtschaft existiert. Und da Kolonialpolitik und dergleichen für Deutschland gegenwärtig nicht in Frage kommt, bleibt dem Kapital nichts weiter übrig, als abermalige Einschränkung der Produktion.

Ein toller Widerstand! Die Welt hungert nach Verbrauchsartikeln, der Bedarf schreit nach Vermehrung der Produktion, und das Kapital sieht sich gezwungen, die Produktion einzuschränken! Daher die grauenhafte Zunahme der Arbeitslosigkeit, die wir jetzt erleben.

Aber das ist noch nicht alles. Wohin muß denn eine solche immer von neuem fortgesetzte Produktionsbeschränkung zuletzt führen? Der gesunde Menschenverstand sagt uns, daß man auf diesem Wege schließlich zum Stillstand aller Produktion gelangen muß. Und fast scheint es, daß wir in Deutschland schon ganz in die Nähe dieses herrlichen Zieles gerückt sind. Vieft man nämlich sorgsam die Auserwählten unserer „genialen Wirtschaftsführer“, so entdeckt man, daß sie gar nicht mehr von bloßer Einschränkung, sondern von Vernichtung der Produktion reden. In ihrem neuesten Wirtschaftsprogramm heißt es:

„Wir müssen den Produktionsapparat, der während des Krieges und in der Nachkriegszeit eine nicht im Verhältnis zum Verbrauch stehende Ausdehnung erfahren hat... einschränken.“

Also nicht nur die Produktion, sondern der Produktionsapparat soll verkleinert werden; Maschinen sollen auseinander genommen, Betriebsanlagen aufgelöst werden usw. Das ist ganz etwas anderes, als nur die Produktion auf dem vorhandenen Apparat zu verkleinern, den Apparat selbst aber unberührt zu lassen. Tatsächlich berichteten die Zeitungen schon vor sechs Monaten, daß man zum Beispiel stillgelegte Kohlengruben erforschen läßt.

Und was noch stark ins Gewicht fällt: die gesamte Bourgeoisie, ob reaktionär, ob demokratisch gesinnt, ist sich über diesen Punkt einig. Die demokratische Frankfurter Zeitung drückt sich sogar noch viel deutlicher aus, als die reaktionären Industriellen in ihrem Wirtschaftsprogramm. Bereits am 8. Dez. schrieb sie:

### Unternehmer finanzieren Fememörder

Vor einigen Monaten enthüllte in der „Weltbühne“ ein Kundiger das möderische Treiben der Schwarzten Reichswehr. Er wies an vielen Beispielen das nach, was bis dahin nur für einen beschränkten Kreis von Leuten Gewißheit war, nämlich daß seit Jahren in Deutschland eine Organisation von Banditen besteht, deren Beruf es ist, Menschen „umzulügen“. Daß die Banditen wohl organisiert waren und über reichliche Geldmittel verfügten, ließen verschiedene Umstände annehmen. Zum ersten arbeiten solche Gentlemen nicht für Rasenwasser, zum andern hätten sie die Flucht ihrer erwischten Inspane unmöglich so gut vorbereiten können, wenn es ihnen an Geld gemangelt hätte. Aus welcher Quelle wurde das Geld ge-speist? Der Schleiher wurde mehr durch einen Zufall gelüftet. Am 13. Dezember versuchten im Gefängnis zu Landsberg zwei Sträflinge auszubrechen zu dem Zwecke, das Haupt der Fememörder, den Oberleutnant Schulz zu befreien. Die beiden Sträflinge gestanden, daß ihnen für das Gelingen der Befreiung 3000 M. in Aussicht gestellt worden waren. Hierauf wurde von der Berliner Polizei eine Untersuchung der Angelegenheit vorgenommen, die zu einem aufsehenerregenden Ergebnis führte. In der polizeiamtlichen Darstellung steht zu lesen:

„Der Leiter der Propagandaabteilung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, v. Zengen, ist im Mai 1925 von dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten Reier, Gewerkschaftsleiter im Zentralverband der Landarbeiter, um die Hergabe eines Darlehens zur Unterstützung des der An-führung zu den Fememördern verdächtigen Oberleutnants a. D. Schulz ersucht worden...“

Herr v. Zengen hat die Hergabe des Darlehens abgelehnt. Anfang Juni 1925 haben dann erneut Verhandlungen über die Gewährung eines Darlehens stattgefunden. An diesen Verhandlungen waren die Herren v. Zengen, Dr. Meißinger von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Landtagsabgeordnete Reier, der Reichstagsabgeordnete Behrens und Gerichts-assessor a. D. Matzke beteiligt. Der Zentralverband erhielt gegen Quittung des Herrn Behrens ein Darlehen von 5000 M. Das Darlehen ist weiter, wie festgestellt werden konnte, zur Unter-führung des Oberleutnants Schulz verwendet worden.“

Aus der amtlichen Darstellung geht das eine bestimmt hervor, daß Vertreter des deutschnationalen Landarbeiterverbandes (der dem christlichen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist) mit den Fememördern in enger Zusammenarbeit stehen und daß die Arbeitgeberverbände die Fememörder mit Geld unterstützen! Der Vorsitzende der Vereinigung der Arbeitgeberverbände ist der Geheimrat v. Borjig. Daß diesem Herrn die amtliche Bestätigung der Verbindung seiner Organisation mit den Banditen unangenehm ist, läßt sich verstehen. Er versichert, daß er von der Hergabe des Geldes erst aus der Presse er-

fahren habe. Etwas ähnliches behauptet v. Borjigs Angestellter, der Herr v. Zengen. Ob sich dessen Bürokollege Dr. Meißinger ähnlich verhalten wird, ist noch nicht sicher. Von der Notwendigkeit her weiß man, daß er sich zu den Stummen reihet, wenn eine Geschichte brennend zu werden beginnt. Aber die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Ver-sicherungen der beiden Herren von den Arbeitgeberverbänden braucht man heute keine Betrachtungen anzustellen; da die Sache der Staats-anwaltschaft übergeben worden ist. Überdies ist im preussischen Land-tag auf sozialdemokratischen Antrag hin und auch im Reichstag ein Ausschuß zur Untersuchung des Skandals eingesetzt. So besteht einigermassen Aussicht, noch mehr über die geschäftliche Verbindung zwischen den Unternehmern und Fememördern zu erfahren. Schon die bis jetzt vorliegenden, von der Berliner Polizei erbrachten Beweise werben bei der Beurteilung der kommenden Prozesse der Fememörder eine wichtige Rolle spielen. Den Mann mit den fünf braunen Lappen wird man ständig im Gerichtssaal wohnen.

Hornheimlich von den beiden parlamentarischen Ausschüssen ist zu erwarten, daß sie noch mehr Licht in diese dunkle Angelegenheit bringen. Daß deutsche Faschisten ihre Bewegung zur Erneuerung des deutschen Volkes von französischen Franken speisen ließen, ist genugsam bekannt. Wie reich auch die ausländischen Geldquellen gewesen sein mögen, sie haben doch nicht ausgereicht, die weitverzweigte Organi-sation zu unterhalten, die jahrelang den öffentlichen Frieden störte, den republikanischen Staat bedrohte, Republikaner verfolgte und Menschen „umlegte“. Eine solche Organisation muß im Inlande er-giebige Geldquellen haben. Verhältnismäßig sind deutsche Großindus-trielle und Finanzleute als Geldgeber angebeutet worden. Vielleicht gelingt es in den beiden Untersuchungsausschüssen, die Anbeutungen zu verbieten. Die völlige Klarstellung der Weltgenossenschaft zwischen Kapitalisten und Nationalisten ist um des republikanischen Staates, aber auch um der Arbeiterschaft willen sehr wünschenswert.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, aus deren Kasse die 5000 M. für die Fememörder floßen, tut bekanntlich ihr Möglichstes, die Gewerkschaften zu verleumben und zu bekämpfen. Nach dieser Vereinigung sind die Gewerkschaften so ziemlich an allem Bösen Schuld, was zwischen deutschem Himmel und Erdboden ge-schieht. Die Zeitungen der Vereinigung werden nicht müde, an der Gewerkschaftsbewegung schwere Sünden zu entdecken. Das ist sicherlich ganz unterhaltsam. Indessen, noch ununterhaltender dünkt es uns, wenn die Unternehmerblätter, sagt die „Arbeitgeber-Zeitung“ und der „Arbeitgeber“, ihren Lesern die Geschichte von den 5000 Emmchen erzählen. Ob es dazu kommen wird? Dies unangenehm, bedarf die ganze biblische Glaubensstärke. In Unternehmerblättern ist kein Raum für Tatsachenberichte, die sich auf Arbeitgeber-Fememörder beziehen. Der Raum muß für Geschichten über die Verkommenheit von — Gewerkschaftsführern, Gelderschleudern der Arbeiterorganisationen und sozialistische Giftbüchsen ausgepart werden.

Abbruch ist die Lösung, Verschrottung der ausichts-losen Anlagen, restlose Preisgabe des darin vergebenden Kapitals... Im Kohlen- und Kalibergbau, in der Eisenindustrie beschreitet man jetzt diesen Weg. Man wird ihn auch in anderen Industrien vielfach gehen müssen.“

Und das nennt man Aufbau? Sieben Jahre lang ist jetzt der Kapitalismus in Deutschland damit beschäftigt, die Wirtschaft angeblich aufzubauen, und das Ende vom Lied ist, daß er, um sich selbst zu erhalten, die Produktion zu vernichten beginnt. Ein klarer Beweis, daß er nicht mehr imstande ist, zu wirtschaften, und durch den Sozialismus ersetzt werden muß. Auch darüber muß man sich klar sein, daß das, was das Kapital jetzt tut, selbst in seinem eigenen Sinne kein wirklicher Ausweg ist aus der Not der Zeit. Die Beseitigung der Überproduktion, der Ausgleich zwischen Produktion und Konsum wird dadurch nicht erreicht. Dahin gelangen wir nicht durch immer weiteres Zurückschrauben der Produktion, sondern nur durch Vermehrung des Konsums der Massen. Das aber kann der Kapitalismus nicht leisten, weil er dadurch die Quelle des Profits zuschütten würde. Nur die sozialistische Wirtschaft kann das.

### Wer sabotiert?

In großer Aufmachung und zu parteipolitischen Zwecken unternimmt das kommunistische Hauptblatt die Rote Fahne in ihrer Nummer vom 12. Januar 1926 unter der Überschrift: „Russische Einladung an die deutschen Metallarbeiter. Die DMB-Bürokratie sabotiert!“ einen unbegründeten und ab-schändlichen herbeigezogenen Angriff auf den Vorstand und die Ortsverwaltungen Berlin und Stettin unseres Verbandes.

Es entspricht im allgemeinen nicht unferm Geschma und unserer Stellung in der deutschen Arbeiterbewegung, auf An-regungen dieser Art zu antworten. Die Auslassungen der Roten Fahne stehen in der Regel zu tief, um sich damit ab-geben zu können. Weil aber im vorliegenden Falle die Rote Fahne und die hinter ihr stehenden moskowitzischen Draht-ziehler ein von keinerlei tatsächlichen Erwägungen gehemmtes Ver-dürfnis empfinden, einen Protestrummel im DMB zu entfachen, so gebieten es die Interessen unseres Ver-bandes, der wenig löblichen Absicht der Roten Fahne ent-gegenzutreten.

Am was handelt es sich? Der Vorstand des DMB lehnte eine ihm am 6. Oktober 1925 zugegangene Einladung des Ru-ssischen Metallarbeiterverbandes zur Entsendung einer Ver-tretung auf seinen Verbandstag am 17. November 1925 in Moskau einmütig ab. Die an den DMB gerichtete Ant-wort lautet unter Weglassung der Anrede und der Unterschrift:

Eurer Einladung zum Besuch des Verbandstages der Metall-arbeiter der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Moskau am 17. November d. J. können wir nicht entsprechen. Wir beschränken uns von jeher auf den Besuch der Verbands-tage solcher ausländischer Metallarbeiterorganisationen, mit denen

wir über den Internationalen Metallarbeiterbund in einem Gegen-seitigkeitsverhältnis in bezug auf die Abschreibung von Mit-gliedern, den Austausch wichtiger Materialien über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die Gewährung gegenseitiger Hilfe bei großen, die Kräfte der eigenen Organisation übersteigenden wirtschaftlichen Kämpfen stehen.

Ein solches Gegenseitigkeitsverhältnis besteht mit einer Or-ganisation nicht und können wir uns deshalb von dem Besuch eures Verbandstages einen fühlbaren Nutzen für uns und die all-gemeine Arbeiterbewegung nicht versprechen.

Der Weg für die Anbahnung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses ist durch die Stellungnahme des letzten internationalen Metall-arbeiterkongresses in Wien gegeben.“

Diese Entscheidung entspricht den im Verband seit jeher geltenden Grundsätzen. Wir selbst laden zu unseren Verbands-tagen keine Vertreter von Metallarbeiterorganisationen ein, die sich in einem scharfen Gegensatz zu uns befinden und deren Vertreter eventuell das ihnen gewährte Gastrecht mißbrauchen könnten. Hinzu kam, daß über den Eintritt des Russischen Metallarbeiterverbandes in den Internationalen Metallarbeiter-bund weitere Verhandlungen zu führen sind.

Die Rote Fahne bezeichnet unsere Antwort als „schmüddrig“ und „brüst“. Es seien „saule Flausen“, mit denen wir die Ab-lehnung begründeten. Unsere Antwort ist gewiß nicht in dem Tone gehalten, in dem ein Freund zum andern spricht. Nach dem vorausgegangenen, die Arbeiter-bewegung überall schwer schädigenden und von Moskau aus geleiteten Bruderkampflag dazu kein Anlaß vor. Das Antwortschreiben stellt die Gründe für die Ablehnung der Einladung dar und verweist sodann auf den Weg, den der russische Verband gehen muß, wenn er in der Anschlussfrage vorankommen will. Mehr kann man bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht gut von uns verlangen. Statt das anzuerkennen, sucht man das feder-führende Vorstandsmitglied persönlich herunterzureißen, Zwi-tracht zu säen und ihm eine zwiespältige Haltung im Hinblick auf die Friedrichshafener Vereinbarung zu unterstellen. Dem Vorstand des DMB unterstellt man, daß er „absichtlich eine Verbindung mit den russischen Metallarbeitern verhindern wolle“. Die Friedrichshafener Vereinbarung bedeutet nach der Roten Fahne die „endgültige Verständigung“. Der Anstich des DMB an den RMB ist nach ihr „nur noch eine formale, aber im Prinzip angenommene Sache“. (Dieser letzte Satz ist von der Roten Fahne fett gedruckt. D. B.)

Kun weiß aber die Rote Fahne sehr genau, daß die Friedrichshafener Vereinbarung nur ein vorbereitender Schritt war, über den der internationale Metall-arbeiterkongreß zu entscheiden hatte. Das geniert sie aber keinen Augenblick. Denn gäbe sie der Wahrheit die Ehre, dann entglitte ihr der beabsichtigte Fischzug unter den Fingern. Die Friedrichshafener Vereinbarung, über die auf dem Verbandstag des DMB in Kassel berichtet und in einer Entschließung dazu die auf dem internationalen Metallarbeiter-kongreß in Wien einzunehmende Haltung der Vertreter des DMB festgelegt wurde, hat mit der Einladung zum





Unproduktive Ausgaben

Das gesamte Unternehmertum, ganz gleich ob Handel, Industrie oder Landwirtschaft...

Wie immer bei den Unternehmern, so stehen auch hier ihre Laten nicht im Einklang mit ihren Worten...

In der Metallindustrie gehts den Unternehmern besonders schlecht, wenn man den Berichten der Handels- und Gewerbelamern glauben kann...

Die dem Rombach-Ronzern angeschlossene Carl Spaeter & Co. m. b. H. hatte vor dem Kriege unter der Firma Carl Döbler bei 150 Arbeitern einen kaufmännischen und einen technischen Leiter...

Wichtig, den Industriellen und Agrariern gehts hundertmal schlechter als den Angestellten...

Das Unternehmertum macht die sozialen Ausgaben für Sozialpolitik, besonders aber die Verpflichtungen des Darlehens-

Wie verginst sich der Verbandsbeitrag? Die Gewerkschaften sind gewissermaßen ein „Unternehmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen“...

Unter der obigen Überschrift konnten wir in unserer Nr. 48, 1925, eine kritische Betrachtung der Berliner Reichsanstalt...

Reichsanstalt und Arbeitsgerichtsgericht Eine Besprechung Unter der obigen Überschrift konnten wir in unserer Nr. 48, 1925, eine kritische Betrachtung der Berliner Reichsanstalt...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Der DDB als Abwehrbündnis Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge

Unter dem Vorstand des DDB eine Eingabe an den Reichstag und die Reichsregierung gemacht, worin um die Gewährung einer angemessenen Erhöhung der Erwerbs-

1. Ausreichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, entsprechend der letzten Notlage der Erwerbslosen.

2. Einmalige Unterstützung an Ausgesteuerte und solche Arbeitslose, die trotz langer Erwerbslosigkeit seither von der Erwerbs-

3. Befreiung der ungeschützten Bestimmungen der Reichs-

4. Wiedereinführung einer Kurzarbeiterunterstützung.

5. Systematische Förderung des Wohnungsbaus auf gemeinnütziger Grundlage unter voller Vertretung der Hauszinssteuer für diese Zweck.

6. Umfassende produktive Erwerbslospfürsorge.

7. Schürste Handhabung der Stillelegungsanordnungen, Schärferer amtliche Einwirkung gegen die in vielen Fällen unbegründeten Betriebsbeschränkungen und Stillelegungen.

8. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und gesetzliche Sicherung des ungeschützten Achtstundentages.

9. Maßnahmen zur Unterbindung der von Unternehmern in Aus-

10. Maßnahmen steuer-, finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischer Art, um der herrschenden Krise nachdrücklich zu begegnen.

11. Beschleunigte Schaffung eines Reichsgesetzes mit rückwirkender Kraft zur Zurückweisung der von den ehemaligen Fürsten und deren Anhang an die einzelnen Länder gestellten Ansprüche.

Subilarfeiern Eine größere Feier zur Ehrung der Alten des Verbandes traf unsere Nürnberger Verwaltungstelle...

Zu einer schönen Feier hatten sich die Kollegen der Verwaltung-

32 Jubilare konnte die Verwaltungstelle Heilbronn muftern. Sie wurden auch in einer besonderen Zusammenkunft geehrt.

Die Metallarbeiter von Sambrecht beabsichtigen eine Doppel-

Die vier Bergarbeiterverbände haben beschlossen, für den ge-

Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Unter dieser Epitheta ging kürzlich ein Aufruf durch die Gewerkschaften...

Schriftenschau

Unterwegs. Von Arthur Heye. Safari-Verlag, Berlin. Dies Buch schildert die Lebensfahrt eines romantischen Einzelgänger...

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Das Heft 1 des Jahrgangs 1926 liegt vor...

Selben der sozialen Revolution. Von Professor Dr. Max Adler. Wien. Umfang 56 Seiten. Preis gut kart. 1 M. 6. 00.

Das Taschenbuch der Arbeit für 1926 ist in geschmackvollem, roten Ganzleinenband erschienen.

„Republik“ sechs lebende Bilder, begleitet von Werken E. Hübnerbergs. Preis mit Aufführungsrecht 2 M. 4. 00.

Um die Wertzeitungen nicht zu geben! Wir bitten unsere Kollegen, Betriebsräte oder Ortsverwaltungen um regelmäßige Zusendung ihrer Wertzeitungen...

Mitteilungen des Vorstandes Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 24. Jan. ist der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Januar 1926 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, für Mitglieder der Beitragsklasse, Beginn der Beitrags-erhebung

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wir ersuchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts.

Bei Aufenthaltswechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise am neuen Aufenthaltsort angemeldet.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungstellen Befehl erheben.

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuführen: von Hellenarbeitern nach Berlin 2.;

2. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; W. = Wahrung; M. = Mühsand; A. = Aussperung

Verbandsanzeigen Preis. Um Aufnahmestellung des Redaktionsleiters Alfred Rott...

Das und Verlag. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Röntgenstr. 16

Das und Verlag. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Röntgenstr. 16

Das und Verlag. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Röntgenstr. 16

Das und Verlag. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Röntgenstr. 16